

Von Eulen und Raben – Antwort an meine Kritiker

*Volker M. Heins**

In der Politischen Theorie sind seit jeher Tiermetaphern beliebt, etwa Wölfe, Füchse oder Löwen. Politische Theoretiker haben sogar sich selbst und andere mit Tieren verglichen. Man denke an Isaiah Berlins Unterscheidung von Füchsen und Igel in der Ideengeschichte. Die Diskussion, die ich mit der Veröffentlichung einer stark gekürzten Fassung meiner Antrittsvorlesung entfacht habe, lässt sich in dieser Tradition als ein Streit zwischen Eulen und Raben stilisieren. Diese bildhafte Unterscheidung finden wir bei James Tully, der sich auf die Mythologie indigener Völker der kanadischen Pazifikküste stützt. Die „Weisheit der Eule“, die in einer Baumkrone sitzend aus immer derselben Perspektive die Welt überblickt, steht demnach im Kontrast zu den „Verhaltensweisen des Raben, der unendlich neugierig ist auf das, worauf wir zusteuern“ (Tully 2008b: 72). Man kann diesen Kontrast auch übersetzen als einen zwischen Idealtheoretikern und Kontextualisten, Monisten und Pluralisten, Normativisten und Empiristen.¹ Oder, in der Sprache meines Beitrags: zwischen den Freunden der „großen ideellen Zusammenfassungen“ und den Beobachtern der vielen „eigensinnigen Realitäten“, die sich den vorschnellen Zusammenfassungen entziehen. Während ich wohl der Partei der Raben zuzurechnen bin, fühlen sich meine Kritiker in unterschiedlichem Maße zu den Eulen hingezogen.

Im Folgenden werde ich meine eigene Position verteidigen und zuspitzen, indem ich in aller Kürze auf die Einwände von Hauke Brunkhorst, Andreas Niederberger und Emanuel Richter eingehe. Ich sortiere meine Entgegnungen nach drei Stichworten: methodischer Pluralismus, Kontextsensibilität und Praxisbezug der Politischen Theorie.

Methodischer Pluralismus

Von Andreas Niederberger, der neben Hauke Brunkhorst am deutlichsten den Eulenstandpunkt einer monistischen Gerechtigkeitsphilosophie vertritt, fühle ich mich zunächst

* Prof. Dr. Volker M. Heins, Ruhr-Universität Bochum und Kulturwissenschaftliches Institut Essen (KWI)
Kontakt: volker.heins@kwi-nrw.de

¹ Hier und im Folgenden wird das generische Maskulinum lediglich zur besseren Lesbarkeit verwendet und impliziert auch die weibliche Form.

einmal richtig verstanden und dargestellt. Mein Argument richtet sich, wie er sagt, gegen „monistische Theorien“ (Niederberger 2015: 84), die eine einzige Zentralnorm hochhalten und die Wirklichkeit im Lichte dieser Norm als defizitär kritisieren. Ich plädiere dagegen für eine weniger einsilbige Politische Theorie, die sich nicht mit der Aussage begnügt, dass es in Gesellschaft und Politik zu wenig ‚Gerechtigkeit‘ gibt. Vor allem plädiere ich für eine ausdrücklich *politische* Theorie, die nicht nur eine Moralthorie oder eine Rechtstheorie auf politische Verhältnisse anwendet. So gesehen führt auch der von Niederberger zitierte Utilitarismus-Aufsatz von John Stuart Mill in die Irre, da sich Mill in diesem Text mit der Grundlegung der Moral befasst, nicht aber mit der Grundlegung der Politischen Theorie. Hier gibt es zwar Konvergenzen, aber eben auch Unterschiede.

In meinem Beitrag habe ich in einem ersten Schritt für einen Rekurs auf andere klassische Autoren geworben, die der Politik die Aufgabe zuschreiben, mehrere unterschiedliche Zwecke zu verfolgen. Mein Gewährsmann ist hier James Madison, der zum Beispiel im Artikel Nr. 10 der *Federalist Papers* die Stabilität einer „wohlkonstruierten“ politischen Ordnung unterscheidet von der Gerechtigkeit im Verhältnis der Bürger untereinander und außerdem der Politik zumutet, den Fortschritt der öffentlichen Anschauungen zu befördern („to refine and enlarge the public views“). Die implizite These lautet, dass wir es hier mit mehreren unterschiedlichen, allesamt normativ wertvollen, zugleich aber nicht immer miteinander vereinbaren oder deckungsgleichen Ansprüchen zu tun haben. Die antiken Demokratien waren gerecht, aber instabil; die europäischen Monarchien waren stabil, aber ungerecht, so dachten die amerikanischen Verfassungsväter. Außerdem kann man sich leicht Ordnungen vorstellen, die gerecht *und* stabil sind, aber keine technischen oder moralischen Neuerungen zulassen. Mir ist unklar, wie man aus diesen einfachen Sätzen sogleich eine thomistische Güterethik oder ähnliches Teufelszeug herauslesen kann, wie Brunkhorst unterstellt.

Wirklich streiten kann man sich aus meiner Sicht nur über meine Relativierung der ‚Gerechtigkeit‘ sowie über mein grundsätzliches Verständnis von Politischer Theorie, in der es weniger um die äußerliche Anwendung von Normen als um die Selbstaufklärung alltäglicher Erfahrungen geht. Die Enthronung der Gerechtigkeit als eines unbestreitbar höchsten politischen Wertes ergibt sich aus der Vermehrung normativ erstrebenswerter Zwecke oder „Güter“ sowie aus der keineswegs besonders originellen These, dass es bei der Verfolgung dieser Zwecke zu Konflikten und Unverträglichkeiten kommen kann.

Festzustellen ist, dass es legitime politische Strategien gibt, die primär auf die Stabilisierung von Verhältnissen zielen. Man denke an das Zwei-Grad-Ziel der internationalen Klimapolitik, also den Versuch, die globale Erwärmung auf weniger als zwei Grad Celsius gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung (ca. 1850) zu begrenzen. Auch wenn die Verfolgung dieses Ziels einen Kollateralnutzen für die globale Gerechtigkeit ergeben könnte, zielt die Klimapolitik ganz bewusst auf die Stabilität des Erdsystems als eines eigenständigen Guts.² Natürlich muss die Politische Theorie solchen Strategien nicht folgen. Die von Niederberger und Brunkhorst nahegelegte Gegenthese, dass es neben der Gerechtigkeit keine anderen normativ wertvollen Ziele geben kann, oder dass die Gerechtigkeit nie in Konflikt mit diesen anderen Zielen geraten kann, muss sich aller-

2 Als politisch-operativer Begriff taucht ‚Stabilisierung‘ erstmals im Namen der Stabilization Force (SFOR) für Bosnien und Herzegowina auf, die 1996 durch einen Beschluss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mit dem Ziel der Normalisierung der Verhältnisse in dieser Region ins Leben gerufen wurde. Zum festen Bestandteil des UN-Jargons und einem freistehenden normativen Konzept wurde ‚Stabilisierung‘ allerdings erst mit der Schaffung der United Nations Stabilization Mission in Haiti im Jahr 2004.

dings am Material der realen Politik bewähren. Besonders Brunkhorst (2015: 91) wählt in seiner Kritik starke Worte, wenn er ausdrücklich an einem „jakobinischen Idealismus“ und „abstrakten Gerechtigkeitsrigorismus“ festhält. Ich bestreite nicht den Charme dieser Haltung, befürchte aber, dass sie zu einem Relevanzverlust der Politischen Theorie führen würde, sollte sie sich auch unter jüngeren Kollegen durchsetzen. Hier kommen die realen Kontexte und Konfliktsituationen ins Spiel, denen die „Eulen“ unter den Theoretikern zu wenig Aufmerksamkeit widmen.

Ich frage mich, wie eine „jakobinische“ oder „gerechtigkeitsrigoristische“ Lösung oder auch nur Beurteilung zum Beispiel der gegenwärtigen Flüchtlingskrise im Mittelmeer aussähe. Bei näherer Betrachtung ergeben sich nämlich aus dieser Krise verschiedene Aufgaben, von denen jede einzelne schwer zu lösen ist und die zudem in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. Die wichtigsten Aufgaben sind die Seenotrettung und die Regulierung der Aufnahme von Flüchtlingen. Zugleich muss die soziale Bereitschaft zur Aufnahme von deutlich mehr Flüchtlingen in den europäischen Bevölkerungen gestärkt werden. Schließlich müssen alle Maßnahmen in einer Weise koordiniert werden, die zu einer Zerschlagung oder Schwächung der organisierten Schlepper-Kriminalität führt, dämpfend auf die Bürgerkriege vor allem in Libyen und Syrien wirkt und die ohnehin schwache europäische Solidarität nicht zusätzlich belastet. Wie kann es gelingen, das massenhafte Ertrinken von Flüchtlingen durch verbesserte Seenotrettung zu verhindern, ohne das Geschäftsmodell von Menschenenschmugglern zu unterstützen, das die Kriege mitfinanziert, die wiederum zur Flucht von immer mehr Menschen führen? Wie ist es möglich, europäische Bürger davon zu überzeugen, dass Flüchtlinge nicht nur ein Kostenfaktor sind, sondern auch zum Allgemeinwohl aller beitragen können? Wie sieht eine Ethik der Immigration aus, die all diesen Ansprüchen gerecht werden soll? Wenn ich vom Material konkreter Konflikte spreche, auf die sich die Politische Theorie einlassen muss, meine ich solche Beispiele, an denen auf Anhieb deutlich wird, dass wir ein bisschen mehr brauchen als einen Jakobinismus der Gerechtigkeit.

Ein anderes, immer wieder lehrreiches Beispiel ist der Palästina-Konflikt, der sich wie viele andere Konflikte dadurch auszeichnet, dass nicht nur viele Beobachter, sondern auch die unversöhnlichen Konfliktparteien selbst von einem Übermaß an „Gerechtigkeitsrigorismus“ beseelt sind. Theoretiker, die sich auf die Einzelheiten dieses Konflikts eingelassen haben, sind daher zu dem Schluss gekommen, dass das Streben nach Gerechtigkeit nicht nur ein Teil der Lösung, sondern auch ein Teil des Problems ist. So hat Avishai Margalit (2011) gezeigt, dass unter bestimmten Umständen der ‚Frieden‘ ein höheres Gut sein kann als die ‚Gerechtigkeit‘. Ein Grund hierfür, den Margalit nicht nennt, ist die Unwahrscheinlichkeit, zwischen Konfliktparteien einen empirischen Konsens darüber zu erzielen, was als gerecht zu gelten hat. Weil das häufig so ist, neigen Konflikte um Gerechtigkeit zur Eskalation.³

Die Inkommensurabilität der normativen Zwecke der Politik wird verschärft durch die Heterogenität der miteinander streitenden Gruppen in der Welt. Den Glauben Brunkhorsts, dass sich mit der Zeit aus dem Gewirr der politischen Alltagskommunikation kon-

3 Für die einen ist Robin Hood ein Held der Gerechtigkeit; für die anderen der Freibeuter Tagnar Daneskjöld, dem die Schriftstellerin Ayn Rand in ihrer libertären Gesellschaftsutopie *Wer ist John Galt?* (Original: *Atlas Shrugged*) die folgenden Worte in den Mund legt: „Robin Hood war der Mann, der das was er den Reichen raubte, den Armen gab. Ich dagegen bin der Mann, der das, was er den Armen raubt, den Reichen gibt – oder, um genau zu sein, der Mann, der das, was er den diebischen Armen raubt, den produktiven Reichen zurückgibt“ (Rand 1997: 616).

sensfähige Argumente herauschälen, die dann auch politisch wirksam werden, teile ich sogar. Allerdings zeigt die empirische Beobachtung, dass die soziale Reichweite des entsprechenden Konsenses begrenzt ist und dass politische Wirksamkeit auch bedeuten kann, dass Menschengruppen sich gegeneinander in Staaten, Parteien, Milizen oder Weltanschauungsgruppen verschanzen.

Kontextsensible Theorie

Andreas Niederberger hat aus meinem Gedankengang etwas herausgearbeitet, das ich selbst gar nicht so deutlich formuliert hatte. Ich tendiere nämlich nicht einfach nur zu einer Vermehrung normativer politischer Prinzipien, sondern auch zu einem anderen, weniger prinzipiellen *Typus* von Theorie. Emanuel Richter (2015) folgt Niederberger, wenn er meine Vorgehensweise als zu „konkretistisch“ bezeichnet, weil sie das „übergeordnete Ganze“ nicht berücksichtigt. Zugleich verweist Richter auf den eher ‚rabenähnlichen‘ kanadischen Theoretiker Tully, der an der Fähigkeit der akademischen Theorie zweifelt, uns verlässliche Maßstäbe des richtigen politischen Handelns an die Hand zu geben. Ein Grund für dieses Misstrauen, den Tully beiläufig nennt, sind die Beispiele humanistischer europäischer Gelehrter in den Dreißigerjahren des vergangenen Jahrhunderts, die sich ungeachtet ihrer im Hörsaal verkündeten universalistischen Ideale zu den Nationalsozialisten bekannten. Für Tully (2008a: 101) folgt daraus die Aufgabe, „die kritische Philosophie weniger abstrakt zu machen, indem man sie so eng wie möglich an spezifische Kämpfe bindet“.

Dies wiederum erfordert das Eintauchen in das Material konkreter Problemlagen, wie ich es fordere. Meine Beschäftigung mit dem Multikulturalismus als Idee und Programmatik hat beispielsweise gezeigt, dass wir mehr brauchen als eine erweiterte allgemeine Theorie der Minderheitenrechte, nämlich eine stärkere Berücksichtigung von Kontexten, die nicht nur illustrativen Charakter haben. So sollte die Freigabe von Identitätszeichen wie etwa islamischen Kopfbedeckungen in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft normalerweise selbstverständlich sein. Gleichwohl gibt es Situationen, in denen eine solche Liberalität nicht ratsam ist. Ich denke an Belfast und andere Städte Nordirlands, wo es ein Gebot der Klugheit und der Versöhnung ist, das öffentliche Zeigen der eigenen Gruppenzugehörigkeit zu unterbinden, indem man zum Beispiel Fahnen an den Außenwänden privater Gebäude oder sogar das Tragen von bestimmten Fußball-Jerseys in bestimmten Kontexten und Räumen verbietet.

Politische Theoretiker sollten sich daher angeregt fühlen, stets eine große Bandbreite von empirischen Fällen zu erkunden sowie nach schwierigen Fällen zu suchen, die die eigenen theoretischen Annahmen auf die Probe stellen (vgl. Carens 2004: 118). Politische Theorie ist zwangsläufig unrein, weil sie sich nicht dem Druck kontingenter Probleme in der Gesellschaft entziehen kann, in der sie entsteht. In unserer Gegenwart sind dies insbesondere der durch Treibhausgase hervorgerufene Klimawandel, die Verknappung natürlicher Ressourcen, die Notwendigkeit, Handlungskapazitäten unterhalb und oberhalb Nationalstaaten aufzubauen oder zu bewahren, das Management der wachsenden ethnischen und religiösen Vielfalt in Einwanderungsgesellschaften und die Entwicklung effektiver ziviler und polizeilicher Antworten auf den islamistischen Terrorismus (vgl. Heins 2015).

Bei all dem ist Niederbergers hartnäckige Nachfrage nach einem „Kriterium“, das zeigt, „warum die eindimensionale Betrachtung der Phänomene [allein unter Gerechtig-

keitsgesichtspunkten] unangemessen sein sollte“ (Niederberger 2015: 86), absolut berechtigt und ringt mir die folgende vorläufige Antwort ab: Die eindimensionale Betrachtung ignoriert die komplexen und oftmals inkonsistenten Wertungspraktiken von Bürger. Die Aufgabe der Politischen Theorie besteht darin, diese Praktiken kritisch auf ihre Grundlagen und Wirkungen zu prüfen und sie konsistent und kohärent zu machen. Politische Theorie beruht nicht auf der Einklammerung der Alltagserfahrung, sondern zielt auf ihre Selbstaufklärung: „elucidation of common experience“, in den Worten von Judith Shklar (1964: 28). Ich denke, dass nur ein solcher Zugang die von allen meinen Kritikern sowie mir selbst geteilte Erwartung erfüllen kann, dass die Politische Theorie, in den Worten Niederbergers, „ein relevanter Faktor für die Entwicklung gesellschaftlich-politischer Verhältnisse“ (Niederberger 2015: 88) sein soll.

Politische Theorie und politisches Handeln

Das bringt mich abschließend auf die Frage des Praxisbezugs der Politischen Theorie, die vor allem in der Kritik von Emanuel Richter aufgeworfen wird. Richter ist derjenige, der am ehesten die Perspektiven von Rabe und Eule in sich vereinigt und erkennt, dass die Unterscheidung von Raben und Eulen keine zwischen Freund und Feind ist. Schon bei Aristoteles bedeutet das Verb *theorein* eben beides: ‚die Dinge anschauen‘ und ‚zurücktreten, um die Dinge zu analysieren‘. Wie Tully scheint es auch Richter darauf anzukommen, Verbindungen und Affinitäten aufzuspüren, wo andere nur Unvereinbarkeiten sehen. Darüber hinaus sind es zwei Antworten, die mir zu seiner Kritik einfallen.

Zunächst denke ich, dass die von Richter (2015: 97) geforderte Orientierung an „Emanzipation“ ein Ziel vorgibt, das ausbuchstabiert werden muss. Das ergibt sich aus der Liste der großen Gegenwartsprobleme, die ich weiter oben aufgelistet habe. Die wenigsten Leute glauben heute noch wie Brunkhorst daran, dass es jeweils eindeutig linke oder rechte Beschreibungen oder Lösungen dieser Probleme gibt (vgl. Nassehi 2015). Vermutlich als Ergebnis einer Überdosis an französischer Politikliteratur neigt Richter außerdem zu paradoxen Formulierungen, die seine eigene Praxisorientierung unterlaufen. „Die Emanzipation muss erstrebt werden, aber unter der Bedingung eines Wissens um ihre Unerreichbarkeit“ (ebd.), heißt es bei ihm. Ich behaupte dagegen, dass Menschen nur für etwas kämpfen, dessen Realisierung sie für möglich halten. Als Theoretiker darf man auch an nichtrealisierbaren und utopischen Zielen festhalten, um Diskussionsanreize zu schaffen und etwas radikal Neues denkbar zu machen. Sobald man jedoch handelnd in den Gang der Dinge eingreift, muss man zumindest daran glauben, die gesteckten Ziele auch erreichen zu können. Andernfalls versiegt die Motivation zur Praxis. Albert Hirschman hat von „notwendigen Illusionen“ gesprochen, die uns veranlassen, unausweichliche Aufgaben in Angriff zu nehmen, vor denen wir zurückschrecken würden, wären wir uns ihrer Größe bewusst. Illusionen über das Ausmaß von Problemen sind manchmal eine Bedingung ihrer Lösung (vgl. Hirschman 1967). Hirschmans Überlegung bringt die unüberbrückbare Differenz zwischen Teilnehmern und Beobachtern, Engagierten und Kritikern ins Spiel. In der Politischen Theorie und den Sozialwissenschaften gibt es kein Pendant zu den notwendigen Illusionen der Praktiker. Vielmehr besteht ihre durchaus lösbare Aufgabe darin, die Probleme der Gegenwartsgesellschaften angemessen zu beschreiben, die dann von anderen gelöst werden oder auch nicht.

Der zweite Punkt betrifft das teleologische und holistische Denken, das ich gerne zurückgedrängt sehen würde. Im Unterschied zu Richter (2015: 96) glaube ich weder, dass es

eine „übergeordnete“ Totalität gibt, deren Erkenntnis und Veränderung die Politische Theorie anstreben sollte, noch dass der Mensch „außerhalb der Sphäre des Politischen“ nicht zu verstehen sei. Die Linie von Aristoteles über Rousseau und Hegel zu Hannah Arendt geht fälschlicherweise davon aus, dass der Mensch nur in und durch Politik und Öffentlichkeit seine Erfüllung finden kann. Eine andere Linie führt von Epikur über Thomas Jefferson zu John Dewey und Judith Shklar.⁴ Ein Grenzfall ist vielleicht noch der ansonsten heute kaum noch interessante Marcuse, der immerhin das „glückliche Individuum“ in den Mittelpunkt seiner Theorie stellt (vgl. Heins i. E.). Diese antiteleologische Traditionslinie verteidigt das Recht des Apolitischen und die „good uses of private life“ (Shklar 1998: 116). Bei Shklar schließt sich auch der Kreis der oftmals irreführenden Tiervergleiche der klassischen Politischen Theorie. Ein weiterführender Gedanke, den Shklar verfolgt hat, liegt darin, die private körperliche Existenz des Menschen – wenn man so will: seine Animalität – als Voraussetzung seiner Traumatisierbarkeit zu begreifen. Daraus wiederum ergibt sich eine normative Richtschnur für die Konstruktion politischer Gemeinwesen, die vor der Verwirklichung von Idealen der Vermeidung von Grausamkeit dienen. Auf diese Weise gelangen wir nun doch noch zu einem einzigen „ultimate standard“ (Mill 1991: 133) der Beurteilung von Politik und Gesellschaft, obgleich es sich hier wohl weniger um ein Prinzip als um einen Impuls handelt, der im vorpolitischen Raum kultiviert werden muss.

Literatur

- Brunkhorst, Hauke, 2015: Methodische Anmerkungen zu Volker M. Heins' Fortschritt und Ironie in der Politischen Theorie. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 6, 89–92.
- Carens, Joseph H., 2004: A Contextual Approach to Political Theory. In: *Ethical Theory and Moral Practice* 7, 117–132.
- Heins, Volker M., 2015: Der lange Krieg um Vielfalt. Warum ein wohlverstandener Multikulturalismus auch in Zeiten des islamistischen Terrors aktuell ist. In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 16.06.2015, 15.
- Heins, Volker M., i. E.: Herbert Marcuse, „One Dimensional Man“. In: *The Oxford Handbook of Classics in Contemporary Political Theory*, Oxford.
- Hess, Andreas, 2014: *The Political Theory of Judith N. Shklar: Exile from Exile*, New York.
- Hirschman, Albert O., 1967: The Principle of the Hiding Hand. In: *The Public Interest* 6, 10–23.
- Margalit, Avishai, 2011: *Kompromisse und faule Kompromisse*, Berlin.
- Mill, John Stuart, 1991: *Utilitarianism*. In: *John Stuart Mill, On Liberty and Other Essays*, Oxford.
- Nassehi, Armin, 2015: *Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss*, Hamburg.
- Niederberger, Andreas, 2015: Die Ironie des Fortschritts? Kommentar zu Volker M. Heins' Fortschritt und Ironie in der Politischen Theorie. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 6, 84–88.
- Rand, Ayn, 1997: *Wer ist John Galt?*, Hamburg. (Original: 1957: *Atlas Shrugged*.)
- Richter, Emanuel 2015: Anmerkungen zur Reichweite Politischer Theorie. Kommentar zu Volker M. Heins' Fortschritt und Ironie in der Politischen Theorie. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 6, 93–99.
- Shklar, Judith N., 1964: *Legalism: An Essay on Law, Morals, and Politics*, Cambridge (Mass.).
- Shklar, Judith N., 1998: *Redeeming American Political Thought*, Chicago.
- Tully, James, 2008a: *Public Philosophy in a New Key, Vol. I: Democracy and Civic Freedom*, Cambridge.
- Tully, James, 2008b: *Public Philosophy in a New Key, Vol. II: Imperialism and Civic Freedom*, Cambridge.

4 Zu dieser neuerdings wiederentdeckten Autorin vergleiche die bemerkenswerte Studie von Hess (2014).